

Österreichische Landesszeitung

Ältestes und verbreitetstes Blatt des

Fürstentums und der angrenzenden Bezirke



Nr 13

Deimold, Montag, den 17. Januar 1916

149. Jahrgang

Die „Österreichische Landesszeitung“ mit den unentgeltlichen Beilagen „Der Brand“, „Der Landwirt“, „Jedem das Seine“ und „Blätter für die ökonomische Heimatkunde“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich. Geschäftsstelle: Deimold, Leopoldstraße 12. Fernsprecher Nr. 23. Telegramm-Adresse: Landesszeitung Deimold. Retentionen in allen Orten des Landes.

Abonnementspreise: Bei der Geschäftsstelle und den Vertretungen für 1/2 Jahr R. 2.25, für 3 Monate R. 1.50, für 1 Monat R. 0.75. Bei der Post für 1/2 Jahr R. 2.25, für 3 Monate R. 1.50, für 1 Monat R. 0.75. Postbestellungspreis für 1/2 Jahr R. 0.45, für 3 Monate R. 0.28, für 1 Monat R. 0.14. Anzeigen werden für die erste Zeile mit 15 Pfennig, für die zweite mit 10 Pfennig, für die dritte mit 5 Pfennig berechnet. Mehrspaltige Anzeigen werden mit 50%, Aufschlag berechnet.

Die neuesten Generalstabsberichte.

mtb. Großes Hauptquartier, 15. Jan. 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Front keine besonderen Ereignisse. Ein nordöstlich von Albert durch Leutnant Balle abgeschossenes französisches Flugzeug fiel hinter der englischen Linie nieder und wurde von unserer Artillerie in Brand geschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linington schickte in der Gegend von Czernysz (südlich des Styrbogens) ein russischer Angriff vor der Front österreichisch-ungarischer Truppen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

mtb. Großes Hauptquartier, 16. Januar 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein feindlicher Monitor feuerte wirkungslos in die Gegend von Westende. Die Engländer schossen in das Stadlinnere von Lille. Bisher ist nur geringer Sachschaden und ein Brand festgestellt.

Auf der Front stellenweise lebhaftere Feuerkämpfe und Sprengtätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreich-ungarischer Bericht.

Schwere russische Verluste.

Reiche Beute in Montenegro.

mtb. Wien, 15. Januar. Amtlich wird gemeldet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die neue Schlacht in Ostgalizien und an der besarabischen Grenze dauert fort. Wieder war der Raum von Karanz der Schauplatz eines erbitterten Ringens, das alle früheren auf diesem Schlachtfeld sich abspielenden Kämpfe an Heftigkeit übertraf. Diermal, an einzelnen Stellen jedoch, führte der jüdische Gegner keine 12 bis 14 Kilometer tiefen Angriffskolonnen gegen die heimgelassenen Stellungen vor. Immer wieder wurde er — nicht selten im Nachkampf mit dem Bajonett — zurückgeworfen. Für die Verluste des Feindes gibt die Tatsache, daß im Gefechtsraum einer österreichisch-ungarischen Brigade über 1000 russische Leichen gezählt wurden, einen Maßstab. 2 russische Offiziere und 240 Mann wurden gefangen genommen. Die braven Verteidiger haben alle ihre Stellungen behauptet, die Russen nirgends auch nur einen Fuß breit Raum gewonnen. An der Strapa und in Wolhynien keine besonderen Ereignisse. Am Kormin wies Wiener Landwehr einen überlegenen russischen Vorstoß ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das feindliche Artilleriefeuer gegen den Raum von Malborghet und Raibol schickte auch gestern wieder ein und war vornehmlich gegen Ortschaften gerichtet. Am Görzer Brückenkopf entziffen unsere Truppen den Italienern eine seit der letzten Nacht stark ausgebaute und besetzte Stellung bei Oslawia. Ein feindlicher Flieger überflog Colibad und warf Bomben ab. Es wurde niemand verletzt und kein Schaden verursacht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Den geschlagenen Feind verfolgend, haben gestern unsere Streitkräfte mit ihrem Südfügel Spiza besetzt. In Cetinje wurden 154 Gefangene verschiedenen Kalibers, 10 000 Gewehre, 10 Maschinengewehre und viel Munition und Kriegsgüter erbeutet. Die Zahl der bei den Kämpfen um das Concen-Gebiet erbeuteten Geschütze erhöht sich auf 45. Die Zahl der gestern eingebrachten Gefangenen beträgt 300. Südlich von Berane, wo der Gegner noch jähren Widerstand leistete, erklärten unsere Bataillone die Schanzen auf der Höhe Gradina.

Der Stabschef des Generalstabes.

D. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Ein Angriffserfolg an der Isonzofront.

Anschließend 1000 Italiener gefangen.

mtb. Wien, 16. Jan. Amtlich wird gemeldet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die neuerliche schwere Niederlage, die die Russen an ihrem Neujahrstage an der besarabischen Grenze erlitten haben, führte gestern wieder zu einer Kampfpause, die zeitweise durch Geschützfeuer wechselnder Stärke unterbrochen wurde. Südlich von Karpilowka in Wolhynien überfiel ein Streifkommando eine russische Vorstellung und rief deren Befehl auf. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstennäheren Front steigerte sich das Geschützfeuer gegen den Monte San Michele, die Brückenköpfe von Görz und Tolmeina sowie gegen den Mesi orh, ohne daß es zu Unternehmungen der feindlichen Infanterie kam. Die bereits gestern gemeldete Eroberung des Kirchensiedels bei Oslawia, von Abteilungen der Infanterieregimenter Nr 52 und 80 durchgeführt, brachte 933 Gefangene, darunter 31 Offiziere, 3 Maschinengewehre und 3 Minenwerfer ein. Auch am Tolmeiner Brückenkopf nahmen unsere Truppen einen feindlichen Graben. An der Tiroler Front waren die Artilleriekämpfe in den Abzweigungen von Schladerbach und Lafran viel heftiger lebhafter. Im Innern ihrer heimatlichen Berge, an den bedrohten Grenzen ihres Landes getreulich Wacht haltend, begehen heute mit dem Gewehr in der Faust die Tiroler Kaiserjäger das Jahrhundertfest ihrer Errichtung. Dankbar gedenkt die Wehrmacht in Nord und Süd der ruhmvollen Leistungen dieser braven Truppe, in deren Reihen der Geist der Helden von 1809 fortlebt und die im großen Ringen der Gegenwart neuerlich unverwundliche Vorreiter erkämpft hat.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Grapovo sind Verfolgungskämpfe im Gange. Unsere Truppen fielen in diesem Raume 250 Montenegriner und ein gefülltes Munitionsmagazin in die Hand. Die Zahl der in den letzten Tagen bei Berane eingebrachten Gefangenen übersteigt 500.

Der Stellvertretende Chef des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Türkischer Kriegsschauplatz.

Eine schwere Niederlage der Russen an der Kaukasusfront.

mtb. Konstantinopel, 15. Jan. Das Hauptquartier meldet von der Kaukasusfront:

In der Nacht zum 10. Januar begann der Feind zunächst mit geringen Kräften Angriffe und Überfälle gegen die linke Flanke unseres Frontens. Der Feind ging vom 11. bis 12. Januar ab mit neuen Verstärkungen auf einer Front von 150 Kilometer zwischen dem Karadagh Berg, dem Arasfluß und Jahan südlich von Mito zu einer allgemeinen Offensive über. Die Kämpfe, die sich dort seit nahezu fünf Tagen in heftiger Weise entwickelten, nehmen einen für uns günstigen Verlauf dank der unverwundlichen Tapferkeit unserer Soldaten, die in fast allen Abzweigungen zum Gegenangriff übergehen.

Nach dem zuletzt eingetroffenen Berichtes liefen Kämpfe wie folgt zusammen:

1. Die am 9. und 11. Januar wiederholt von den Russen mit geringen Kräften in dem Abschnitt der Gegend von Jahan bis zum Unterlauf des Aras unternommenen Angriffe wurden von unseren Truppen mit dem Bajonett abgewiesen. Sie lösteten Morderte von Feinden.

2. In der Nacht zum 12. Januar griff der Feind mit starken Kräften die vorgeschobenen Stellungen in dem Abschnitt zwischen dem Arasfluß und dem südlich davon gelegenen Berg Karadagh an. Unsere Truppen, die sich hier vielfach überlegenen Kräften gegenüberbefanden, begannen die feindlichen Stürme nicht nur mit Heftigkeit, sondern gingen an einzelnen Punkten zum Gegenangriff über und fügten dem Feinde schwere Verluste bei. Am 13. Januar, vormittags, wurde ein vom Feinde unternommener heftiger Angriff nach einem erbitterten Kampf zwischen der beiderseitigen Infanterie und der beiderseitigen Artillerie von uns mit kräftigem Feuer empfangen; er scheiterte vollkommen. Am Nachmittag griff der Feind von neuem alle unsere in diesem Abschnitt gelegenen vorgeschobenen Stellungen an. Die Russen, die in einige unserer Schützengräben hatten eindringen können, wurden mit dem Bajonett abgewiesen.

3. In der Nacht des 11. Januar griff der Feind unsere Stellungen in dem Abschnitt zwischen dem Unterlauf des Aras bis zum Arman-Bach an. Ein Teil der vorgeschobenen Stellungen befindet sich auf dem östlich von Aras gelegenen Hügel, die v. Feinde besetzt wurden; dieser Teil wurde im Anschluß an unsere Gegenangriffe wiedererobert. Wir fügten dem Feinde bei dieser Gelegenheit ziemlich schwere Verluste zu und erbeuteten eine große Menge von Waffen und zwei Maschinengewehre. Eine unsere Abteilungen, die von überlegenen feindlichen Streitkräften nördlich von Kizlar Kale umzingelt wurde, schlug sich tapfer durch die feindlichen Linien durch und zog in ihre alten Stellungen zurück, in dem sie den Russen gleichzeitig ziemlich schwere Verluste zufügte. Am 13. Januar, nachmittags, mußte der Feind nach einem von uns gegen ihn gerichteten Angriff östlich von Aras einen Teil seiner Stellungen aufgeben. Ein anderer Angriff, den wir nördlich von dieser Gegend und östlich von Kizlar Kale ausführten, konnte infolge eines Schneesturmes nicht weitergeführt werden.

4. In der Nacht zum 12. Januar beiderseitiges Geschützfeuer und Bombenwerfen in dem Abschnitt zwischen Arman-Bach und Jahan. Ein Überfall des Feindes am 12. Januar, vormittags, bei Aras Gedeg wurde abgeschlagen. Die Russen verloren dabei über 100 Tote. Am 13. Januar führten zwei russische Angriffe bei Karadagh südlich Kizlar zu einer vollkommenen Niederlage des Feindes. Im Verlaufe des letzten Kampfes waren sich unsere Offiziere mit dem Revolver in der Faust und unsere Grenadiere mit Handgranaten auf die feindlichen Truppen und wagten sie zu einer regellosen Flucht. Die in diesem Abschnitt gemachten Gefangenen erklärten, daß in den vorliegenden Kämpfen jedes ihrer Regimenter zum mindesten 800 Tote gehabt habe.

An den anderen Fronten keine Veränderung.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 14. Januar.

Als Bundesratspräsident Graf v. Stumm.

Präsident Kaempf eröffnet die Sitzung um 11.02 Uhr mit ehrenvollen Worten für den verstorbenen früheren Abg. und Vizepräsidenten Büttner. Das Haus ehrt sein Andenken in hergebrachter Form.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleinere Anfragen.

Abg. Baßermann (Nat.): Fragt: Ist der Herr Reichstagspräsident in der Lage und bereit, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden nähere Mitteilungen zu machen?

Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Graf v. Helldorf von Sumpff: Am 30. Dezember wurden das deutsche, österreichisch-ungarische, türkische und bulgarische Konsulat in Saloniki von der Entente-Truppe besetzt, die Konsul mit dem Personal verhaftet und auf ein französisches Kriegsschiff gebracht. Sie sind dann anschließend nach Frankreich übergeführt worden. Dieser unerhörte Völkerrechtsbruch ist ein neues Glied der endlosen Kette der Verletzung des Völkerrechts, deren sich gerade diejenigen Mächte in diesem Kriege schuldig gemacht haben, die sich stets als Beschützer der Neutralität und der Unabhängigkeit der kleinen Staaten aufspielen. Die fälschliche Meinung, daß bei der griechischen Regierung Protest erhoben und sie für die Sicherstellung der verhafteten Konsulatsbeamten verantwortlich gemacht.

Die Frage des Abg. Müller-Meinungen (Sp.) über die verbotene Festlegung von Arbeitslosenunterstützung an in Frankreich internierten deutschen Gefangenen beantwortete.

Christ Friedrichs: Wir haben festgestellt, daß an der in Frage stehenden Vergebung der Sendungen nicht allein die französische Post schuld ist, sondern daß die Ursachen hiervon vielfach in der Willkür eines größeren Teiles der französischen Kommandanten und des Unterpersonals der französischen Kriegsgefangenenlager liegt. Die deutsche Heeresverwaltung hat nachdrücklich Beschwerde hiergegen erhoben. Die von der französischen Regierung angeordneten Maßnahmen, daß alle eingehenden Briefe an deutsche Kriegsgefangene eine Sperre von zehn Tagen erhalten sollen, sind anscheinend noch durch die Willkür eines Teiles der französischen Kommandanten verstärkt worden. Darauf sind von uns die gleichen Maßnahmen getroffen und dies den Gefangenen zur Verständigung ihrer Angehörigen mitgeteilt worden. Die deutsche Heeresleitung wird vor weiteren Maßnahmen nicht zurückweichen.

Abg. Dr. Viechnacht (Zp.) fordert die sofortige Erledigung seiner Anfragen.

Präsident Dr. Kaempf lehnt dies als gescheiterte Unterredung ab.

Abg. Dr. Viechnacht verläßt die Tribüne mit den Worten: „Sie wollen das Volk (1) be-

trügen.“ (Große Murmel. Viechnacht wird zur Ordnung gerufen.)

Sodann wird die Debatte über die Ernährungsfragen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Giese (Nat.): Die Produktionskraft unserer Landwirtschaft, die infolge ihrer hohen Entwicklung die Ernährung Deutschlands bisher sicherstellen konnte, ist während des Krieges niemals erloschen. Hoffentlich wird unsere Zufuhr aus dem Vorkriegsstand eine recht große sein. Die Heberhebung von Kriegsgefangenen als landwirtschaftliche Arbeiter ist alles andere als eine Liebesgabe. Den kleineren und mittleren Beamten muß eine Ernährungszulage gewährt werden. Zu begreifen ist es, daß neuerdings der Fehler, bei den zu treffenden Maßnahmen die Landwirtschaft nicht rechtzeitig zu befragen, vermieden werden soll. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Beurteilung des Ernährungsproblems war diesmal sehr schwer. Eine völlige Mithierarchie ist jedoch in Deutschland unmöglich, da die Verhältnisse im Osten und Westen zu verschieden sind. Aus vielen Gegenden liegen die besten Ergebnisse vor.

Abg. Werner (Gießen (B. Vg.)): Als Beweis, daß bei uns ein Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln nicht besteht, kann die Tatsache dienen, daß die Kriegsgefangenen bei uns besser ernährt werden, als ein großer Teil der deutschen Familie zu leben in der Lage ist. Gegen die Erklärungen des Bundesrats muß mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden. Wir müssen militärisch und wirtschaftlich durchhalten, das Ausland mag erleben, daß wir nicht zu bezwingen sind.

Abg. Hübner (Sp.): Wir alle haben zu Kriegsbeginn unter dem Einfluß der Sachverständigen Urteile gestanden, deshalb sollte die Frage der Sachverständigen nicht agitatorisch ausgenutzt werden.

Nach weiterer uninteressanter Debatte werden die zu den Ernährungsfragen vorliegenden Resolutionen angenommen, außer mehreren von sozialdemokratischer Seite eingebrachten, die die Einführung von Preislimiten, Herabsetzung der Kartellhöchstpreise betreffen.

Damit ist die Debatte über die Ernährungsfragen geschlossen.

Es folgt die Debatte über gewerbliche Mittelstandsfragen.

Auch hierzu liegt eine ganze Reihe von Resolutionen vor, die u. a. die Vergebung öffentlicher Arbeiten an die Handwerkerorganisationen, Arbeitslosenunterstützung usw. betreffen.

Abg. Wolfenbühl (Zp.): Eine gewisse Verdrängung der heimischen Handwerker durch die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter ist nicht zu leugnen. Es muß Vorkehrungen getroffen werden, daß der Krieg keine gefährlichen Schädigungen der Handwerkerbetriebe zur Folge hat. Die Familienunterstützung reicht vielfach nicht aus. Wo die Gemeindefinanzen einen Zuschuß zu der Arbeitsunterstützung nicht zulassen, da müssen Reich und Staat reichliche Mittel zur Verfügung stellen. Es muß alles geschehen, was im Interesse der Gesundheit und der Unterhaltung der Bevölkerung notwendig ist. Die Verdrängungen, daß die Handwerke überlastet werden, sind nach den früheren Verhandlungen hinlänglich. Es muß mehr für die Arbeitslosen gesorgt werden.

Abg. Jell (Zp.): Die Angehörigen des Klein-gewerbes sind neben den Arbeitern und Bauern diejenigen, die bei der Verteidigung des Vaterlandes in vorderster Linie stehen. Es sollte eine Zentral-Versorgungsstelle für Vorräte eingerichtet werden. Auch auf einen Kredit für den Klein- und Mittelstand ist Rücksicht zu nehmen. Mögen die Behörden das Wesen der Selbsthilfe der Handwerker möglichst unterstützen.

Abg. Zantenburg (Nat.): Der Klein-gewerbetreibende ist besonders durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden. So sollte den selbständigen Handwerkern und Kleinhändlern nach Möglichkeit Hilfen gewährt werden, um ihre Geschäftstätigkeit in Ordnung halten zu können.

Abg. Partsch (Sp.): Nachdem die Transformation des Handwerks geschlossen worden ist, muß auch für Beschäftigung des Handwerks gesorgt werden. Mit der Frage des Wiederanstiehs des Stumpens sollte keine Parteipolitik getrieben werden. Alle Parteien haben für die Arbeitslosen ein gleich warmes Herz. (Beifall.)

Abg. Brandes (Gießen (Zp.)): Bei der Entlassung der Arbeiter aus dem Heeresdienst sollten die Familienunterstützungen weiter gezahlt werden, da die Angehörigen sonst fast mittellos sind. Die nächste Frauennachricht muß möglichst eingebracht werden, das liegt im Interesse der Volksgesundheit und Volksernährung. Acht Stunden sollte das Maximum

für Frauen sein. Sonn- und Feiertage sollten frei bleiben. Die Arbeitsausweise müssen ebenfalls erweitert werden. Beizeiten muß für die Arbeitslosen gesorgt werden. Das Koalitionsrecht muß ausgebaut werden.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Bedenken des Abgeordneten Brandes gegen eine übermäßige Beschäftigung der Frauen verdienen ernste Beachtung. (Sehr richtig!) Von der Erlaubnis der Frauennachricht in der Schwerindustrie muß mit größter Vorsicht Gebrauch gemacht werden. Die achtstündige Beschäftigung soll die Regel sein.

Abg. Stresemann (Nat.): Wir sind uns alle darin einig, daß auf die Frauen bei ihrer Beschäftigung im gewerblichen Leben alle mögliche Rücksicht genommen werden muß. Unserer so beschränkten Ausfuhr sollte auch Erleichterung gewährt werden.

Abg. Schirmer (Zp.): Auch jetzt in Kriegzeiten wird die Frauennachricht vielfach zu Lohnrückfällen benutzt. Bei der Erörterung der Resolution über die „Sippenhilfe“

die eine Reichssteuer für die preussische Sippenhilfe einführen sollte, führt der Abgeordnete Kreth (Nat.) aus: Wir fürchten, daß das Nebeneinanderlaufen der verschiedenen Aktionen Verwirrung schafft. Die Sippenhilfe der preussischen Sippensteuer und des Arbeitslosenwesens wird eine dauernde sein. Wir bitten, die Resolution abzulehnen.

Zu weiteren Verlauf der Debatte ergreift nochmals Abg. Kreth (Nat.) das Wort, indem er ausführt, daß Eingreifen des Reiches in den Arbeiterbau Sippenwesens würde nur Verzögerung bringen. Damit schließt die Debatte. Die Resolutionen werden sämtlich angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr vormittags: Altersgrenze, Zensurdebatte.

Die Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

In einem bemerkenswerten Aufsatz, den er eben in der Zeitschrift „Der neue Werker“ über unsere „Krise für den Frieden“ erschienen läßt, warnt Wolfgang seine vor allen Dingen vor einer Fortsetzung des alten Credo in Deutschland, das im Zustande nicht jugendkräftigen Ringens, sondern greisenhaften Gefährs, dem wir Deutsche die Schmach zu verdanken hätten, daß unsere Feinde bis zum Ausbruch des Krieges allen Erntes hoffen konnten, das deutsche Volk werde ihnen in sich zerfallen, selbst seine Tore öffnen. Dasselbe Bild im Kleinen, das Schicksal zwar sehr lauten, aber im Grunde doch nur „greisenhaften“ Gefährs anstelle politischer Entschlossenheit und Arbeitswillens, bietet heute aber keines eigene Partei, und alle Fortwärtigen, die er in jenem Artikel an die Hand reichen und rührenden deutscher Nation nicht, die Forderung neuer Formen des politischen Kampfes, die Fortsetzung der Aufrechterhaltung des deutschen Einheitsgefühls auch im Parteikampf, die Forderung eines gemeinsamen gedanklichen Volkes nicht zur Lähmung und zur Zerschlagung, sondern zur Erneuerung neuer Kraft: alle diese Ideale ringen in diesem Augenblick im Grunde auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie um Geltung und Durchsetzung.

Was diese Krise heute in den Mittelpunkt unseres innerpolitischen Interesses rückt, ist das Gefühl, daß ein Teil unseres Schicksals davon abhängt, wie sich die deutsche Arbeiterbewegung zu den Aufgaben unserer nächsten Zukunft stellt. Die reformistische Presse, Kolb und seine in den „Sozialistischen Monatsheften“, David in der „Internationalen Arbeiter-Zeitung“, sie alle haben erkannt, daß es sich bei dem gegenwärtigen Streit nicht etwa nur um „taktische“ Meinungsverschiedenheiten handelt, sondern um grundsätzliche Auseinandersetzungen, um verschiedene theoretische Auffassungen der sozialen Entwicklung. Und sie sprechen es aus, daß diejenigen kein Recht haben, sich auf Karl Marx zu berufen, die seine Theorie der revolutionären Evolution zum Dogma haben verfeinern lassen, statt sie auszubauen, und so das theoretische Denken der Partei in die Zukunft gefesselt haben, in der es sich in diesem kritischen Augenblick befindet. Mit anderen Worten, der Streit geht um die beiden Fragen: Ist die Bewehrung der Arbeiterbewegung nur die unweigerliche Konsequenz der von den Parteien behaupteten Vorkriegsmeinungen, die losliche Polarisierung des Grundlages, daß dem von der Sozialdemokratie zum Tode verurteilten gegenwärtigen Staat, der nach ihrer Überzeugung im Absterben begriffenen herrschenden Gesellschaftsordnung die

Mittel zur weiteren Existenz verweigert werden müssen, und sind darum die eigentlichen „Disziplinierungs-“, wie der „Vorwärts“ sie jetzt nennt, die Mitglieder der Fraktionen. Die Mitglieder der Fraktionen, die die Mehrheit bilden, aber: Handelt es sich, wie die Reformisten sagen, bei dem Krieg, in dem wir stehen, um den „Staat“, oder nicht vielmehr um die deutsche Volksgemeinschaft, insbesondere aber um die deutsche Arbeiterklasse, die in erster Reihe alles Unglück zu tragen haben würde, das das deutsche Volk treffen sollte?

Mittlerweile hat zu dem Meinungsstreit innerhalb der Reichstagsfraktionen auch der sozialdemokratische Parteivorstand seinen Spruch gefällt. Er hat die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten für „wohlbegründet“ erklärt, die Entlastung der Fraktion für „nicht begründet“, und insbesondere das Verhalten des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Haase auf Schärfe misbilligt. Er hat zu allem dem „Vorwärts“ ein klares Mißtrauensvotum erteilt, der es mit seiner Stellung als „Zentralorgan“ der Partei nicht nur für vereinbar hält, ohne die Entscheidung irgend einer der Parteifinanzien abzuwarten, in dem Streit selbständig Partei zu ergreifen, der vielmehr sogar mit jeder Stirn gegen die überwiegende Mehrheit der Fraktion, gegen den Parteivorstand und nun auch gegen den Parteiausschuß frontiert. Der Parteiausschuß ist erst eigentlich von dem Chemnitzer Parteitag (1912) ins Leben gerufen worden. Er setzt sich nicht aus den parlamentarischen oder literarischen Führern, sondern aus Vertretern der Wahlkreisorganisation zusammen, ist also eine Delegation des Parteitag und war, wenn man sich der Chemnitzer Verhandlungen erinnert, ursprünglich als eine Art Wahlkreisaußenposten gedacht, ein Aufschützer, der den Parteivorstand nicht so sehr unterstützen, als überbrücken sollte. Jetzt, nachdem er sein „Gutachten“ erteilt, spricht ihm der „Vorwärts“ bereits jede Legitimation ab der Entscheidung in dieser Frage ab und behauptet, wiederum die Kriegskreditbewilligungen ohne weiteres mit der Frage der Zustimmung zum Budget vermenigen, in solchen Fragen sei nur der Parteitag allein zuständig.

Man kann diesen Teil des Streites ruhig der Partei überlassen. Man kann insbesondere in aller Seelenruhe abwarten, ob etwa auf Grund des Verfalls des Parteiausschusses die Fraktionsmehrheit nun die Ausweisung der Zwanzig beschließen wird. Nur soviel darf man sagen, daß, wenn wirklich der Spruch des Parteitauges abgelehnt werden soll, dieser auf alle Fälle zu spät kommen wird. Wenn der sozialdemokratische Parteitag wieder zusammen treten kann, wird der Krieg längst vorüber sein, und das politische Schicksal der Sozialdemokratie, um das es sich heute handelt, oder bereits am 21. Dezember entschieden hat, kann nicht a posteriori entschieden oder in andere Bahnen gelenkt werden. Noch wichtiger erscheint uns der Streit, ob der jetzige Kampf auf eine „Parteiheilung“ hinauslaufen muß oder nur eine „Klärung“ der widerstrebenden Meinungen zur Folge haben soll und wird. Die Erwartung ist nach allem, was sich in diesen Wochen abgespielt hat, bereits eine vollkommene Tatsache, auch wenn der Kampf z. B. Haase gegen seine in weniger persönlicher Gefährdung, parlamentarisch kaum noch zu kennzeichnenden Formen sich abgespielt hätte. Unersetzbar haben die zwanzig „Separatisten“ mit samt dem „Vorwärts“ sich bereits selbst außerhalb der Partei gestellt. Sie sind offenbar unheilbar der Meinung, daß nicht die Entente, sondern Deutschland der Angreifer in diesem Kriege gewesen, daß alles in schönster Ordnung sei, wenn wir heute spontan die Waffen niederlegen, daß kein Feind, kein Engländer und kein Russe in diesem Falle daran denken würde, unsere Grenzen zu überschreiten oder uns etwas zuzuschreiben. Sie haben sich unrettbar in den Gedanken verankert, daß diesen Krieg nicht das deutsche Volk führe, sondern nur „der Herr der Welt“. Die Scheuklappen, wir wollen nicht sagen ihres Erkenntnisvermögens, doch aber ihrer politischen theoretischen Erziehung, erlauben ihnen nicht, über den Tag hinaus zu sehen, da der Krieg doch auch einmal beendet sein wird und die Friedensarbeit beginnen muß, für die eben Wolfgang seine die Grundzüge eines freiheitlichen Arbeitsprogramms entwickelt. Sie fühlen nicht, daß sie sich selber von der tätigen Mitwirkung

an solcher Friedensarbeit im Rahmen der „Volkseinheit“, wie im Rahmen ihrer Partei ausgeschlossen haben. Man kann nicht ein Haus anzünden und sich dann an die Asche begeben, oder gar in dem wiederhergestellten Gebäude sich wohlfühlen lassen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei stand am 21. Dezember am Scheidewege. Ihr Weg hat sich an diesem Tage, für alle Zeiten, von dem der weitaus überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getrennt. Eine unüberbrückbare Kluft scheidet sie insbesondere von den bürgerlichen Parteien der Linken, die nach dem Kriege an dem Wiederaufbau des zerstörten und an dem freiheitlichen Ausbau unseres Gemeinwesens wirken wollen. Wir sind ganz der Meinung Haases, der jüngst in den „Sozialistischen Monatsheften“ erklärt hat, schon die Freude derjenigen Politiker, die jede Neuorientierung der inneren Politik bekämpfen, müsse den „Unentwegten“ zeigen, wessen Geschäfte sie besorgen.

Wir wiederholen: wie der Streit endet, ist in letzter Linie gleichgültig, die Krise droht nicht mehr, sie ist bereits entschieden. Vielleicht versucht man, die auseinanderstrebenden Teile noch eine Weile zusammenzuhalten. Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, ein „nationales“ und eine „internationale“ Sozialdemokratie, verlebte Dogmatiker und praktische Politiker, zusammenzuhalten.

Die deutsche Antwort auf die englische „Baralong“-Note.

Berlin, 14. Jan. Auf die feinerzeit veröffentlichte Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen U-Bootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong“ hat die britische Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Berlin eine Antwort erteilt, die unseren Lesern bereits im Wortlaut vorgelegen hat. Hierfür hat die Kaiserliche Regierung am 12. d. Mts. dem amerikanischen Botschafter in Berlin folgende Erwiderung zur Übermittlung an die britische Regierung übergeben:

Die britische Regierung hat die deutsche Denkschrift über den „Baralong“-Fall dahin beantwortet, daß sie einerseits die Möglichkeit der ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Tatsachen in Zweifel zieht, andererseits gegen die deutschen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser den Vorwurf erhebt, vorzüglich ungesetzliche Verbrechen wider das Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen zu haben, die keine Zühne erfahren hätten und denen gegenüber die angeblende Straftat des Kommandanten und der Mannschaft der „Baralong“ völlig zurücktrete. Für diesen Vorwurf hat die britische Regierung keinerlei Beweise beigebracht, sondern sich darauf beschränkt, ohne Mitteilung irgend welcher Belege drei im Seekrieg vorgeworfene Einzelfälle anzuführen, wo deutsche Offiziere völkerverstößige Grausamkeiten verübt haben sollen. Die britische Regierung schlägt vor, diese Fälle durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen, und ist unter dieser Voraussetzung bereit, dem bezeichnenden Gerichtshof auch den „Baralong“-Fall zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung legt die schärfste Verwarnung ein gegen die unerhörten und durch nichts erzielenden Anschuldigungen der britischen Regierung gegen die deutsche Armee und die deutsche Marine, sowie gegen die Unterstellung, als ob die deutschen Behörden etwaige zu ihrer Kenntnis gelangenden Straftaten solcher Art unverfolgt lassen. Die deutsche Armee und die deutsche Marine beobachten auch im gegenwärtigen Kriege die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit, und die leitenden Stellen halten streng darauf, daß alle dagegen etwa vorkommenden Verstöße genau untersucht und nachdrücklich geahndet werden.

Auch die drei von der britischen Regierung aufgeführten Fälle sind feinerzeit durch die zuständigen deutschen Behörden einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Dabei hat

sich zunächst in dem Falle der Verletzung des britischen Dampfers „Arabic“ durch ein deutsches U-Bootboot ergeben, daß der Kommandant des U-Bootbootes nach Lage der Umstände die Notwendigkeit erkannte, den Dampfer zu versenken, da er sich nicht anders zu verhalten, als er seinerseits zum Angriff auf das Schiff überging. Der weitere angeführte Fall des Angriffs eines deutschen Torpedobootzerstörers auf ein britisches U-Bootboot in den dänischen Hoheitsgewässern hat sich in der Weise abgespielt, daß es in diesen Gewässern zwischen den beiden Kriegsschiffen zum Kampf gekommen ist, und daß sich dabei das U-Bootboot durch Geschützfeuer verletzt hat; daß bei dem deutschen Angriff die dänische Neutralität verletzt worden ist, wird von der britischen Regierung um so weniger geltend gemacht werden können, als die britischen Seestreitkräfte in einer Reihe von Fällen deutsche Schiffe in neutralen Gewässern angegriffen haben. In dem Falle der Verletzung des britischen Dampfers „Aul“ endlich hat das deutsche U-Bootboot lediglich die von der deutschen Regierung im Februar 1915 angefordigten Vergeltungsmaßnahmen zur Anwendung gebracht; diese Maßnahmen entsprechen dem Völkerrecht, da England bemüht ist, durch die völkerverstößige Zulassung des legitimen Seehandels der Neutralen mit Deutschland diesem jede Zufuhr abzuschneiden und damit das deutsche Volk der Aushungerung preisgeben, gegenüber völkerverstößigen Handlungen aber angemessene Vergeltung geübt werden darf. In allen drei Fällen hatten es die deutschen Seestreitkräfte nur auf die Zerstörung der feindlichen Schiffe, keineswegs aber auf die Vernichtung der sich rettenden wehrlosen Personen abgesehen; die entgegenstehenden Behauptungen der britischen Regierung müssen mit aller Entschiedenheit als unzulässig zurückgewiesen werden.

Das Anführen der britischen Regierung, die erzwungen drei Fälle gemeinsam mit dem „Baralong“-Fall durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren gebildeten Gerichtshof untersuchen zu lassen, glaubt die deutsche Regierung als unannehmbar ablehnen zu sollen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die gegen Angehörige der deutschen Streitkräfte erhobenen Anschuldigungen von den eigenen zuständigen Behörden untersucht werden müssen, und daß diese bei der Vernichtung einer unparteiischen Beurteilung und gegebenenfalls auch für eine gerechte Bestrafung seien. Ein anderes Verlangen hat sie auch gegenüber der britischen Regierung in dem „Baralong“-Fall nicht gestellt, wie sie dem feindlichen Augenblick zweifelt, daß ein aus britischen Seestreitkräften zusammengesetztes Kriegsgericht die feigen und heimtückischen Mord begreifbar absenden würde. Dieses Verlangen war aber um so berechtigter, als die der britischen Regierung vorgelegten ebliden Aussagen amerikanischer, also neutraler Zeugen, die Schuld des Kommandanten und der Mannschaft der „Baralong“ so gut wie außer Frage stellen.

Die Art, wie die britische Regierung die deutsche Denkschrift beantwortet hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Ernst der Sachlage und macht es der deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Die deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die britische Regierung das berechnete Verlangen auf Untersuchung des „Baralong“-Falles unter nichtigen Vorwänden unersüßlich gelassen und sich damit für das Völkerrecht wie der Menschlichkeit hohnsprechende Verbrechen selbst verantwortlich gemacht hat. Offenbar will sie den deutschen U-Bootbooten generell über eine der ersten Regeln des Krieges, nämlich außer Gefecht geachtete Feinde zu schonen, nicht mehr innehalten, um sie so an der Führung des völkerverstößigen anerkannten Kreuzerrieges zu verhindern.

Nachdem die britische Regierung eine Einführung des empörenden Vorfalls abgelehnt hat, sieht sich die deutsche Regierung genötigt, die Abkündigung des ungesetzlichen Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen zu treffen.

Berlin, den 10. Januar 1916.

Vom Tage.

Selbstmord eines Dresdener Untersuchungsrichters.

Dresden, 14. Jan. Wenige Tage nach dem Selbstmord des hiesigen Rechtsanwalts Dr. Betteh ereigt ein neuer Selbstmord innerhalb der Dresdener Justizkreise großes Aufsehen. Heute vormittag wurde in der Dresdener Heide der Landgerichtsrat Dr. Karl Wilhelm Meyer tot aufgefunden. Er hatte sich an einem Baum erhängt. Dr. Meyer war Untersuchungsrichter beim Dresdener Landgericht und ein sehr beliebter Jurist. Er soll die Tat wegen eines Nerveneisens begangen haben.

Liebknecht und die Fraktionsminderheit.
Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Erklärung der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion in der Liebknecht-Angelegenheit, worin die Fraktion die Befugnis abgelehnt wird, einem Mitgliede die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entfließen, abzuerkennen.

Lebensmittelwucherer vor Gericht.
Die in letzter Zeit bekanntgewordenen Reingewinne der Lebensmittelfabriken in der jetzigen schweren Kriegszeit geradezu einen Skandal. Die Straßburger Lebensmittelfabrik hat im letzten Geschäftsjahre den doppelten Betrag ihres ganzen Aktienkapitals rein „verdient“, also 200 Prozent, die Rheinischen Lebensmittelfabriken in Saarbrücken verdienten 351 655 Mk., können also ihr ganzes Aktienkapital von 350 000 Mk. zurückzahlen. Die Lebensmittelfabrik St. Ingbert erzielte bisher jährlich gegen 50 000 Mk. Reingewinn, im Kriegsjahr aber 430 000 Mk., die Lebensmittelfabrik in Wünnen verdient das Achtfache, nämlich 1 566 000 Mk., gegen sonst 190 000 Mk. So sieht es auch mit allen anderen großen Lebensmittelfabriken. Nun weiß man, warum der Preis z. B. des Sohlbrodes, der vor dem Kriege 1.80 bis 2 Mk. das Pfund betrug, heute 5, 6, ja sogar 7.50 Mk. beträgt! Nachweislich sind die Produktionskosten nur um rund 1.50 Mark das Pfund gestiegen, die Fabrikanlagen und Sänder sind es also, die noch viel mehr Preisgewinne einfahren, und die Ware noch um 100 Prozent teurer verkaufen als es nötig wäre.

Das „B. L.“ berichtet aus Dresden: Wegen Preissteigerungen mit Lebensmitteln wurden von schiedlichen Gerichten verurteilt: Der Mitbesitzer der großen Wühleneisfabrik in Knaack-Kleeberg, Feinzer, zu 1500 Mark; er hatte Futter, das zu übermäßigem Preise verkauft; der Rittersauspächter Töpfer in Groß-Johannis zu 1000 Mark, weil er Kartoffeln zu 4.20 Mark statt zu 2.50 Mark für den Feinzer verkauft hatte; endlich der Großhändler Urban in Leipzig zu 300 Mark und der Gutsbesitzer Kreichmar aus demselben Ort zu 100 Mark, weil sie Schweine weit über den Höchstpreis verkauft hatten.

Die französische Presse über Montenegro.
Kopenhagen, 14. Jan. „Der jütische Tidende“ meldet aus Paris: Die gesamte französische Presse, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, ist einig in dem Bedauern, daß infolge der Unfähigkeit der Verbündeten in der Adria Montenegro vernichtet wurde, genau in der selben Weise wie vorher Serbien. Die Kritik ist besonders scharf gegenüber Italien, dessen Lage und Interessen in der Adria und dynastische Beziehungen mit Montenegro es besonders verpflichtet hätten, sofort seinen Bundesgenossen, den Montenegrinern, zu Hilfe zu eilen.

„Der Verteidigung“ bewaffnet.
Amsterdam, 14. Jan. Neuer meldet aus Washington: Die Regierung erlaubte dem italienischen Passagierdampfer „Giuseppe Verdi“, die amerikanischen Gewässer mit zwei montenegrinischen Kanonen an Bord zu verlassen, weil der Dampfer die Beförderung abgab, daß die Kanonen ausschließlich zur Verteidigung benutzt werden würden.

Englands Mannschafsmangel.
London, 14. Jan. Im Unterhause erklärte am Mittwoch Unterstaatssekretär Tennant auf eine Anfrage, die Abzüge in der Infanterie betrugen monatlich 15 v. S.

In der Debatte über die Zwangsdiensvorlage sagte Minister Henderson, er wisse von Kirchen und vom Generalstab, daß nicht nur die angestammten Unverheirateten und Verheirateten sofort gebraucht würden, sondern auch der ganze verfügbare Rest von 650 000 Mann, die sich bisher auf Nord Deutsches Weibung nicht gemeldet haben. Selbst dann fehlten noch Soldaten, die durch weitere Anwerbung beschafft werden müßten.

Großfeuer im Hafen von South Shields.
Melb. London, 14. Jan. Im Hafen von South Shields brach ein großer Brand aus. Drei Schiffe wurden beschädigt. Der Schaden beträgt viele Tausende Pfund Sterling.

Noosevelt als Präsidentschaftskandidat.
London, 14. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus New-York: Noosevelt wird demnächst nach Westindien reisen. Er erklärt, nicht für die Präsidentschaft kandidieren zu wollen, aber seine Agenten arbeiten eifrig mit den Wahlkomitees. Die Heberzeugung wächst, daß Noosevelt Wilson bei der Wahl gegenüberstellen, und daß er nicht nur von der eigenen Partei, den Progressiven, sondern auch von den Republikanern als Kandidat aufgestellt werden wird.

Die Niederlage der chinesischen Rebellen.
Sang, 15. Jan. „Exchange“ meldet aus Hongkong: Die Nachrichten, daß die Aufständischen in einer großen Schlacht geschlagen und in die Flucht getrieben worden sind, bestätigen sich. Das Rebellenheer war überwiegend organisiert. Alle Mannschaften trugen Uniformen, sowie moderne Waffen. Auch hatten sie reichlich Munition. Als sie ihren Schicksal verlor, verbrauchten sie ihre Munition, und die Rebellen hatten, so daß sie sich in die Berge zurückzogen. Die Rebellen haben sich fort immer noch. Die Kämpfe dauern an, doch glaubt man, daß die Bewegung in kurzer Zeit endgültig unterdrückt sein wird.

Aus der Amtsgemeinde Horn.

Horn, 14. Januar 1916.
Am Schöffensaal des Amtsgerichts fand heute eine Sitzung des Amtsgemeinderats für das Amt Horn statt, zu der sich 12 Mitglieder eingefunden hatten.

Die Rechnung für Polizei- und Armenpflege im Jahre 1915 schließt mit einem Bestand von 5578 Mark. Sie ist geprüft und mit einigen kleinen Einwendungen für richtig befunden. Der Amtsgemeinderat genehmigte die Rechnung.

Die Rechnung über den Kommunalwegbau im Jahre 1915 ist ebenfalls geprüft und in Ordnung befunden. Sie schließt mit 4932 Mark Bestand ab. Die Rechnung wurde abgenommen.

Der Voranschlag für die Rechnung für Polizei- und Armenpflege im Jahre 1916 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 31 500 Mark. Die Einnahmen bestehen aus Grundsteuern (6 Monatsbeträge) 4080 Mark, Gebäudesteuer (6 Monatsbeträge) 2320 Mark, Einkommensteuer (11 Monatsbeträge) 21 090 Mark, Hundesteuer 1500 Mark, Außerordentlich 2310 Mark, Bestand 200 Mark. Die Ausgabe wird wie folgt eingeschätzt: Gehälter 3600 Mark, Armenpflege 23 200 Mark, Verwaltungskosten 960 Mark, Außerordentlich 3740 Mark. Nach einer eingehenden Bepflichtung wurde der Voranschlag genehmigt.

Der Voranschlag zur Rechnung über den Kommunalwegbau im Jahre 1916 veranschlagt 7250 Mark in Einnahme und 5250 Mark in Ausgabe. Die Einnahmen sollen bestehen aus Grundsteuer (4 Monatsbeträge) 2720 Mark, Gebäudesteuer (2 Monatsbeträge) 1500 Mark, Einkommensteuer 1000 Mark, Grundsteuer 200 Mark, Außerordentlich 180 Mark und Bestand 2150 Mark. Die Ausgabe soll betragen: Unterhaltungskosten 3000 Mark, Verwaltungskosten 150 Mark, Gehalt und Pension der Wegeaufseher 1500 Mark, Beiträge zu Straßenkosten usw. 100 Mark, Außerordentlich 500 Mark. Der Voranschlag wurde genehmigt.

Zu der Erhöhung der Sparanleihe in den Gemeinden und Kommunalbehörden wurde das Rundschreiben des preussischen Finanzministers zur Verlesung gebracht. Zu vernehmen sei nicht, daß den Gemeinden in Zukunft große Lasten auferlegt würden. Es sei daher die größte Sparanleihe am Platze.

Die Bewilligung eines Befähigungsgeldes an den Leibes Mannschaften rief eine rege Bepflichtung hervor, in der betont wurde, daß der Zufuß zu dem Befähigungsgeld nur aus der Ortskasse und nur an Bedürftige bewilligt werden dürfe. Die bis jetzt bezahlten Urlaubsgelder sollen auf die Amtsgemeindekasse Horn nicht übernommen werden.

Der Beitrag zur deutschen Vereinigung für Kruppessoldaten wurde mit einem Jahresbeitrag von 15 Mark beschloffen.

Auf Veranlassung des Landsturms-Infanterie-Bataillons hatte das Verwaltungsamtsamt Detmold einen Betrag von 20 Mark für Liebesgaben für die beiden Lippe in dem Bataillon bewilligt. Der Amtsgemeinderat übernahm ein Drittel der Summe auf die Amtsgemeindekasse.

Für Liebesgaben für die bis jetzt nicht bedachte Truppe wurde im Vorjahre 200 Mark bewilligt. Es handelt sich bei diesen Regimenten um solche, die während des Krieges neugebildet sind und deshalb keinen Bestand haben. Vom Zentralbüro sind für Liebesgaben 2 1/2 Mill. Mark im ersten Kriegsjahre abgegeben.

Bewilligung einer Beihilfe für die Marine-Bereitstellungskasse in Berlin. Der Amtsgemeinderat bewilligte einen einmaligen Beitrag von 10 Mark.

Die nachgehende Bewilligung einer Beihilfe für den deutschen Kriegshilfsbund wurde vorläufig abgelehnt, da der Zweck, den der Kriegshilfsbund verfolgt, von der Amtsgemeinde ohne weiteres ausgeübt wird.

Vertrieb der Nahrungsmittel durch Vermittlung der L. W. G. Der Amtsgemeinderat stimmte dem Vertrieb durch die Lippsche Wirtschaftsgemeinschaft zu. Im übrigen soll es bei dem jetzt bestehenden Vertrieb durch den Kaufmann Aehnhaus in Detmold bleiben.

Für die Vorratserhebung vom 15. November 1915 wurde eine Vergütung von 15 Pf. für jede Haushaltung, die in der Driftliste eingetragen ist, bewilligt. Für die Viehzählung vom 1. Oktober und 1. Dezember wurde ebenfalls je 15 Pf. für jede Haushaltung bewilligt.

Einführung von Dreistafeln. Der Amtsgemeinderat beschloß, daß durch Erlaß einer Polizeiverordnung der Aushang der Dreistafeln in den in Frage kommenden Geschäften im Amt Horn geregelt werden soll.

Zu der Nachprüfung der vorhandenen Getreidemengen wurde mitgeteilt, daß im Fürstentum Lippe im allgemeinen nicht so „gemogelt“ ist, wie in anderen Gegenden Deutschlands. Nichtsdestoweniger betrage der Unterschied zwischen der jetzt erfolgten Prüfung und der am 16. November 1915 erfolgten auf einem Hofe im Borsdorf allein über 1100 Zentner mehr Getreide. Anmerkung wurde die Nachprüfung der Getreidemenge auch in Lippe eine bedeutend höhere Menge ergeben, als am 16. November.

Die Verfügung des Verbot des Rauchens und des Alkoholkonsums der Jugendlichen unter 16 Jahren wurde zur Kenntnis genommen. Bedauernd wurde darüber erhoben, daß die Jugendlichen sehr viel Unfug verüben.

Das Gesetz des Deutschen Bundes Heimatschutz um einen Zuschuß für Örtchen wurde abgelehnt.

Der Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurde aus H. Schöneberg-Schlacken, H. Müller Meiberg, Bismarck-Lepoldsdorf, Wolf Heffen und Stort-Brünner gebildet.

Als amtlicher Desinfektor für das Amt Horn soll der Maurer Schönau in Horn amgestellt werden. Die Kosten für die Anschaffung eines Desinfektionsapparates wurden bewilligt. Die absolute Gebühr für eine Desinfektion wurde auf 1 Mark festgelegt.

Nachdem einige kleinere Angelegenheiten und Unterstützungssachen erledigt waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Pippisches.

Detmold, 17. Januar 1916

Unsere Helden.

Der Wehrmann Fritz Stukenbrock aus Weiden, Ostf.-Regt. Nr. 219, 4. Komp., wurde mit dem Kipp. Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet und zum Gefreiten befördert.

Das Pippische Kriegsverdienstkreuz erhielt der Gefreite S. Primmann aus Langeholzhausen, der am Gartmannsdorfer Kampf und zur Zeit als Vermittler gemeldet wird. Mit dem Pippischen Militär-Verdienstkreuz ausgezeichnet wurde der Landsturmann Fritz Müller aus Lemgo im 9. Landst.-Jus.-Bataillon.

Cippes
Sonnabend
Kriegsbediensteter
Herr Neuma
berlitten Mi
holl getan ha
den ausführe
der murgel

Wie der
altes den
zeit, wird d
Reichstags d
17. Januar,
jaal d. Reich
licher Hehl
finden. Den
figura, Nach
räume des

Des St
St

An beson
aus An
Kriegsbedienst
sten Vereinig
Antwortschre
Bundes sagt
Beweg

Anlaß des
mutes, den
feldgrauen
Kämpfen
Rehren die
Hofenland
res Pippisch
alten Kam
möge der
übermittel
befähigen u
land mit
jungen He
Treue mit
Empfindung
die sie von
mat, ihren
bin ich ge

An die
Major, der
Kriegsbedienst
herliche G
rungen.
Diese fin
der Sorgen

— Mit d
fessener oder
mer sind sou
auch für die
behalten le
Schwierigkeit
gedrängt w
von nach M
Krieges zur
blieben die
von amtliche
genommen, o
erit nach dem
rma gelang
später festst
mäßigung vo

— Das i
mergetreide
mischen un
und anderen
Dresden un
Geldreides an
stellen, auch
hendelt, den
führt werden

Eine
Durch den
Leute in u
sprechen d
von uns be
nennome Ve
Besonders la
den Polens
lithischen
lischen Lande
trägt näm
meinden m
find etwa 30
intragig; üb
heben sie in
indigen Kon
nach 5000 A
merte; leste
lithischen d
nes getroffen
den englische
heit, Kultur
kämpfenden
was ihnen z
waren ja de
bienen in etw
diesem gilt
Bemerkung
liche find ve
glicher vert
sagen von d
blühende Dö
bewohnt un
Trümmerha
und humme
und seiner st
Der Verbrist
häusern, Be
häuser am
glicher erlit
Sollen un
lande unter
ge? Das i
deutsch-roman
tionale Tor
schen in Pol
schen Glaube
die Bonner
Hof Verein
bellen zu m
gelichen Da
die augen
führer, Beil
Professor D
des deutschen
fürliche die
und Stelle p
eine Lage
auf zu tat
bären, hat a
reits mit
gend zu win
den Gutsa
schwer gepri
deutscher Ju
Der Pippisch
nicht nur sel

